

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Erhard Wolff in Berlin.
Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

Entwaffnungskonferenz in Paris Ende Januar.

Englische Zustimmung zu einer Konferenz der Ententeprimiers in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Januar. Die Beratung der Alliierten über die Entwaffnung wird nicht vor dem 15. Januar, vielleicht sogar erst Ende Januar stattfinden. Die Zeitungen sind über die Nähe, mit der die englische Regierung die Frage behandelt, nicht sehr entzückt, vermeiden aber Angriffe gegen das isolierte Vorgehen, das Frankreichs Autorität gegenüber Deutschland nicht gelüßt habe. Mehrfach wird die Befürchtung laut, daß die Brüsseler Konferenz doch bis nach der Beratung über die Entwaffnung aufgeschoben werden müsse. Für die Kammer, die am 11. d. M. wieder beginnt, ist eine Interpellation über die Entwaffnung durch den Abgeordneten Hanmann angemeldet. Immerhin ist ein ruhiger Ton der Pariser Presse festzustellen. Nicht einmal die Meldung des Berliner Korrespondenten des „Matin“, Herr Otto Lehmann-Auhof, der Sekretär der Liga „Meus Deutschland“, habe die Haltung der französischen Regierung für berechtigt und die Entwaffnung für unvollkommen erklärt, findet viel Aufmerksamkeit. Gustave Hervé tritt in der „Victoire“ energisch für den englischen Standpunkt ein. Das Wichtigste sei die Erhaltung der demokratischen Republik in Deutschland. Das republikanische Frankreich und ein republikanisches Deutschland würden vor Aufkauf von zwanzig Jahren verfehlt sein.

Paris, 5. Januar. (E. G.) Gestern traf am Quai d'Orsay eine Note der englischen Regierung ein, worin sie erklärt, der Einladung der französischen Regierung, eine Konferenz der Ministerräte der alliierten Staaten in Paris abzuhalten, zuzustimmen. Mit dem von französischer Seite vorgeschlagenen Datum zwischen dem 7. und 12. Januar ist man englischerseits jedoch nicht

einschanden und schlägt vor, die Konferenz erst gegen Ende Januar abzuhalten. Es werde erst bis dahin möglich sein, den Bericht des Reichshofes über die Abrüstung Deutschlands zu prüfen. Neben dieser Angelegenheit soll auch die griechische Frage auf der interalliierten Konferenz erörtert werden.

Paris, 4. Januar. (W. L. Z.) Der „Temps“ teilt mit, daß die französische Regierung gestern Telegramme an die Regierungen in London, Brüssel und Rom geschickt hat, um den Vorschlag zu unterbreiten, die Ministerräte der Alliierten zwischen dem 7. und 12. Januar zur Beratung zusammenzutreten. Obgleich heute gehen den Alliierten die von dem Reichshofen angelegenen Instruktionen über den Vorschlag hinsichtlich des Ortes, an dem die Beratungen stattfinden sollen. Im Ministerrat gab Ministerpräsident Poincaré heute Kenntnis von dem gestern überreichten deutschen Antwortnote auf die Verbalnote der französischen Regierung vom 31. Dezember. Wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, wurden die vom Ministerpräsidenten angelegenen Instruktionen einstimmig gebilligt. Poincaré machte weiter Mitteilung über die ernste Lage in Deutschland und über die Maßnahmen, die die französische Regierung zu ergreifen gedenkt, um ihr zu begegnen.

Der Pariser Berichtshörer der Kaiserlichen Gesandtschaft glaubt nicht, daß die französische Regierung auf die deutsche Note erwidern wird. Man habe allen Grund anzunehmen, daß jetzt einzig noch der Oberste Rat eintritt. Dieser Rat besteht aus den Ministern der Außen-, Kriegs- und Marine-Departementen in London und Paris. Die offizielle Haltung der französischen Regierung ist, daß die deutsche Note, welche die Meinungsvorhaben über die Abrüstung, innerhalb welcher die deutschen Einheiten aufzulösen sind, Absicht der französischen Regierung ist, so würde eine Besetzung nur in dringenden Fällen in Frage kommen. In diesen Fällen ist immerhin in dieser Regierungnote, daß ein solcher dringender Fall als Beispiel angeführt wird, nämlich ein Angriff Frankreichs (gegen Polen). Man erwartet eine baldige Lösung, aber in der Entwaffnungsfrage ist Frankreich zu keinem Kompromiß geneigt.

Die Entwicklung der rheinischen Frage.

Abschwächung des separatistischen Gedankens. — Provinzialautonomie. — Die Haltung des Zentrums.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt v. Stutterheim.
Paris, 5. Januar. Der Entwicklungsprozeß des rheinischen Selbständigkeitsgedankens ist nicht klarer zu bezeichnen als durch Gegenüberstellung des 4. Dezember 1918 mit dem 11. Dezember 1920, an welchen beiden Tagen die jeweilige Zustimmung in höchst bezeichnender Ausdehnung zum Ausdruck gelangte. Damals in der denkwürdigen Versammlung in der Kaiserlichen Reichshofkapelle die alsbaldige Proklamierung einer selbständigen, rheinisch-westfälischen Republik innerhalb des Deutschen Reiches verlangte, so erforderte die rheinische Provinziallandtag in seiner Schlußsitzung vom 11. Dezember d. J. lediglich die Forderung nach einer Erweiterung der provinzialen Selbstverwaltung, welche die Erweiterung der provinzialen Selbstverwaltung zu einer selbständigen Provinzialverwaltung bedeutete. Das ist ein bemerkenswerter, als das Zentrum, als die eigentliche treibende Kraft aller zentrifugalen Bewegung, beinahe über eine Zweidrittelmehrheit des rheinischen Provinziallandtages verließ.

Die Abschwächung des separatistischen Gedankens, die man heute in den Rheinländern feststellen kann, ist zunächst darauf zurückzuführen, daß die Loslösung von Preußen gegen Preußen, als der Furcht vor französischer Annexionismus und russischer Bolschewismus verbannt. Der Friedensvertrag, der die Annexionen beseitigt, und die Wiederherstellung der Spartaufstände haben in diesem Sinne der Reichseinheit wesentliche Dienste geleistet. Wäre Generalstein den neuen Landes, die landwirtschaftliche Verbesserung hätte auf Westfalen, das landwirtschaftliche Verbesserung hat auf die Rheinlande übertragen. Es kam hinzu, daß die Erfahrungen mit dem Militarismus der Weltkriege in Rheinlande selbst eine Stärkung des nationalen Gedankens hervorgerufen hatten und daß vor allem die rheinische Arbeiterpartei in den letzten Tagen des Separatismus mit der Ausrichtung des Generalstein auf den Rhein, die erste Etappe des Selbständigkeitsbewegung abgeschlossen. In dem nunmehr mit erhöhter Schärfe eingehenden Kampf gegen Preußen war es wiederum das Zentrum, das nach Abstufung seiner kompromittierten Persönlichkeiten, wie Kauter und Dörren, die Führerrolle übernahm. Zur Pflege der Kulturpolitik und vor allem der Rheinlande nach der Erinnerung an Adolph Hoffmanns Schwere hatte das Zentrum die Rheinlande als Kulturkampf der nationalen Partei, von Bedeutung. Unter Verwertung des von den Sonderbürgern geforderten rheinischen Parlaments, sowie unter Abrechnung jeglicher ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands verfolgte die offizielle Zentrumspolitik nunmehr das Ziel, auf verfassungsmäßigem Wege die Errichtung eines rheinischen Reiches zu erreichen. Das Tempo dieser durchaus lokalen Politik erschien jedoch einem besonders separatistischen Zentrumsmitglied so langsam, so daß dieser sich von der Partei abspaltete und unter bayerisch-liberalen Kreisen eine „Christliche Volkspartei“ ins Leben rief. Nach anfänglichen Erfolgen ist die neue Partei, die im Wahlkampf einen Reichstagsplatz zu erringen wollte, im heutigen Rheinland kaum von Bedeutung.

Während das Zentrum in unaufrichtiger Propaganda gegen den Reichsfeind Preußen zu Felde zog, verdichtete sich bei den übrigen Parteien einseitig die militärisch geführte Demokratie und Sozialdemokratie die Lebensgrundlage, das Angeht der Wählerkreise Frankreichs eine Lösung der Rheinlande von Preußen die schwerste Gefährdung des rheinischen Selbständigkeitsgedankens. Eine gefährlichere Gefahr droht noch als diesen gefahrenen Blick von den Unabhängigen bis zu den Demokratischen. Das Zentrum als seinen eigenen Reichen, indem sich innerhalb der christlichen Gemeindefürsinnen Parteiverhältnisse gegen eine Fortsetzung des Sondergedankens geltend machten. Ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten, der sowohl den parteipolitischen, als auch den Interessen des Reiches und des Rheinlandes gerecht zu werden verspricht, bot sich für das Zentrum in dem Gedanken der Provinzialautonome. Eine sein endgültiges Ziel einer fundamentalen Autonomie des Gesamtreiches aus den Augen zu verlieren, forderte das Zentrum nunmehr den Ausbau und die Erweiterung der provinzialen Selbstverwaltung als Lebensgrundlage von der heutigen Provinz zum künftigen „Land“. Somit war der Gedanke der Provinzialautonomie, der bei der einheimischen Bevölkerung wie bei den politischen Parteien des Landes starken Anklang fand, in den Mittelpunkt der rheinischen Frage gerückt.

Nachdem die Regierung die alsbaldige Einbringung des preußischen Autonomiegesetzes zugesichert hat, steht heute nur noch die Art und das Ausmaß der provinzialen Selbstverwaltungsrechte zur Diskussion. Den Kern des kommenden Autonomiegesetzes dürfte das Zuerkennen eines starren

Landtagskandidaturen.

Die demokratische Liste für Berlin.

Übernommen findet der Parteitag des Bezirksverbandes Berlin der Deutschen demokratischen Partei statt, der satzungsgemäß die entscheidende Zustimmung für die Landtagskandidaturen erteilt. Die demokratische Liste für den Landtag der Provinz Brandenburg brachte für die Wahlkreise Berlin I bis VIII folgende Kandidaturen vor: Berlin I: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin II: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin III: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin IV: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin V: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin VI: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin VII: Dr. Kurt v. Stutterheim, Berlin VIII: Dr. Kurt v. Stutterheim. Die Liste wurde einstimmig angenommen.

eine republikanische Bürgerschaft ist, bewußt aus der parlamentarischen Arbeit ausgeschlossen wollte.

Frankfurt a. M., 5. Januar.

In den Landtagskandidaturen für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. haben die einzelnen Parteien ihre Kandidaturen abgemeldet. Die demokratische Liste für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. hat folgende Kandidaturen abgemeldet: Dr. Kurt v. Stutterheim, Dr. Kurt v. Stutterheim.

Ein neuer französischer Botschafter für Berlin?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Januar. Das Organ des schiedsrichterlichen Ausschusses des „Ges“ meldet, daß General Bellé, der bis jetzt Generalkonsul der schiedsrichterlichen Mission war und nun als Mitglied der französischen diplomatischen Mission in Konstantinopel weilt, werde dort nur kurze Zeit verweilen, und sei zum französischen Botschafter in Berlin auszuweisen. (Wir geben die Meldung mit Vorbehalt, da eine Festlegung an anderer Stelle nicht zu erlangen war. Die Red.)

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Das Ergebnis der Streikabstimmungen.

Heute die Verhandlungen mit den Eisenbahnern. Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern sind heute im Reichsjustizministerium stattfinden, deren wir von gut unterrichteter Seite: Die Fälle der Einzelheiten, deren Klärung erreicht werden soll, läßt eine längere Dauer der Verhandlungen erwarten. Gleiches wird gelten für aber auch heute die Stimmung bei den Verhandlungsteilnehmern ausschließlich auf eine Einigung gerichtet. Die Abkommen erhalten, sind dazu aufzufassen, daß die Gewerkschaften einen Heberblick über die Stimmung der Arbeiterschaft haben und der anderen Partei zeigen wollten. Man muß zwar mit der Möglichkeit einer Einigung rechnen, aber die Lage der Verhandlungen rechnen; es wird aber von zünftiger Seite als unwahrscheinlich bezeichnet, daß ohne Zutritt der Gewerkschaften große Arbeitsstellen erfolgen.